

Theoretisch wählt Österreich erst im Herbst 2006 sein neues Parlament. Praktisch befindet sich die Alpenrepublik aber schon jetzt im Vorwahlkampf. Eine Frage, die politische Beobachter bewegt, lautet: Hat das so genannte dritte Lager nach den Turbulenzen rund um die Neugründung der FPÖ noch eine Chance, sich zu konsolidieren und/oder schafft Bundeskanzler Wolfgang Schüssel nach den nächsten Wahlen eine Koalition mit den Grünen?

Die Würdigungen zum fünfundsiebzigsten Geburtstag des deutschen Alt-Bundeskanzlers Helmut Kohl riefen in Erinnerung, dass er seinerzeit zu jenen Parteifreunden zählte, die der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) noch zu deren immerhin siebzehn Jahre währender Oppositionszeit mehrmals den Rat gaben, doch ähnlich wie die CDU eine Koalition mit den Freiheitlichen zu versuchen.

Nach den Nationalratswahlen 1986 hatte der damalige ÖVP-Parteiboss Alois Mock den ernsthaften Plan, eine Koalition mit der FPÖ zu schmieden. Bereits nach den Wahlen 1983, die der SPÖ den Verlust der absoluten Mehrheit und damit den Rücktritt Bruno Kreiskys bescherten, machte Mock dem freiheitlichen Spitzenmann Norbert Steger ein seriöses Angebot für eine Zusammenarbeit. Steger verstand aber das Signal nicht und war zudem schon zuvor für eine Koalition mit der SPÖ unter der Führung von Fred Sinowatz geködert worden.

Die „kleine Koalition“ SPÖ/FPÖ hielt keine drei Jahre, nur bis 1986, und Steger

musste dem damaligen freiheitlichen Jungstar Jörg Haider Platz machen. Damit begann eine politische Ära, die fast beispiellos ist und das etablierte österreichische Parteienspektrum gehörig durcheinander rüttelte. Zunächst aber führte Mock – der am Wahlabend einen Beinahe-Zusammenbruch, offenbar ein Vorbote seiner später ausbrechenden Parkinson-Krankheit, erlitten hatte, sich aber dennoch das Steuer in der Partei nicht aus der Hand nehmen ließ – die Regierungsverhandlungen. Dabei zeigte sich von allem Anfang an, dass die Chemie zwischen dem ÖVP-Obmann und seinem politischen Vis-à-vis, SPÖ-Vorsitzenden Franz Vranitzky, nicht wirklich stimmte. Kurzum, der Schulterschluss von SPÖ und ÖVP war der Wiederbelebungsversuch eines einstmals erfolgreichen Regierungsmodells mit Ablaufdatum.

Zu Haider bestanden schon seit geraumer Zeit von mehreren ÖVP-Politikern, darunter auch von Mock, sehr gute Kontakte. Er galt als ein talentierter, gesprächsfähiger Politiker, dessen primäres Ziel es war, die FPÖ nicht zum Steigbügelhalter der SPÖ verkommen zu lassen, sondern letztlich eine „bürgerliche Regierungsmehrheit“ zu etablieren. Sein Hang zu einem „Populismus zum Quadrat“, sein geradezu magisches Talent, Menschen und Medien in den Bann zu ziehen, war damals noch unterschätzt worden. Es war übrigens gerade die so genannte „Jagdgesellschaft“, die Haider später die größten Plattformen bieten sollte. Ihre Versuche, ihn zu dämonisieren, trieben

erst recht viele Wähler in sein Lager. Das Resultat der Parteien-Verhandlungen an der Jahreswende 1986/87 war die Neuauflage der „großen Koalition“, die Österreich schon einmal – nämlich von 1945 bis 1966 – regiert, dem Land wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Frieden gebracht hatte. Eine kleine „bürgerliche“ Koalition war zwar angedacht worden, aber noch nie zu Stande gekommen. Mock hätte eine Präferenz dafür gehabt, wusste aber aufgrund von Sondierungen, dass er dafür im Parteivorstand keine Mehrheit erhalten würde – und brachte diese Variante daher auch gleich gar nicht erst zur Abstimmung.

Es war nicht nur die Wirtschaft, die 1987 ihren politischen Langzeitraum von der Wiederbelebung der schwarz-roten Koalition fast um jeden Preis realisiert sehen wollte, sondern auch in den übrigen Teil- und Landesorganisationen der Volkspartei waren viele der Überzeugung, dass der bevorstehende Antrag um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU nur von ÖVP und SPÖ gemeinsam zu schaffen wäre. Nicht zuletzt gab es aber auch erhebliche Stimmen, die Angst vor einer Diffamierungskampagne hatten, dass man der ÖVP nachsagen könnte, eine Partei in die Regierung zu hieven, in der noch an so manchem Politiker „braune Flecken“ hafteten. Ein Argument, das vor allem im Jahre 2000, angezettelt von der Sozialistischen Internationale, benützt wurde, um die erste Regierung Schüssel europaweit zu diskriminieren. Faktum war, dass sich die FPÖ unzweifelhaft innerhalb des so genannten Verfassungsbogens bewegte und zu den demokratischen Grundprinzipien bekannte, nur eben Mitte-rechts stand und mit populistischen Aussagen glänzte. Den Vorwurf des Populismus könnte man freilich genauso vielen Politikern machen, die im Mitte-links-Spektrum angesiedelt sind.

Zudem hätte allein ein Blick in die Geschichtsbücher genügt, um zu sehen, wer

die FPÖ „hoffähig“ gemacht hatte. Bereits in den fünfziger Jahren wurden vom damaligen sozialistischen Innenminister der Vorgänger-Partei der FPÖ, sie nannte sich VdU, finanzielle Mittel zugesteckt mit dem Ziel, ÖVP-Wähler anzuwerben und damit die Partei eines Julius Raab und Leopold Figl zu schwächen. 1970, als Kreisky zunächst nur eine Minderheitsregierung bilden konnte, erkaufte er sich mit einer die FPÖ begünstigenden Wahlrechtsreform vom damaligen FPÖ-Obmann Friedrich Peter, der nachweislich bei der SS gedient hatte, die Macht über Österreich. Und 1983 waren es die Sozialisten, die erstmals offiziell die FPÖ in die Bundesregierung nahmen.

Wäre Jörg Haider bereits 1987 in die Regierung einbezogen worden, so hätte sich wahrscheinlich vieles anders entwickelt, als es letztlich gekommen ist.

Die SPÖ hätte schon früher und nicht erst zu Beginn des dritten Jahrzehntes ihrer Regierungszeit mit ihrer Regenerationskur und mit Staatsreformen beginnen müssen. Die FPÖ wäre rechtzeitig mit der harten Arbeit des Regierens konfrontiert gewesen. So aber bot die Neuauflage der alten „großen Koalition“ der Opposition jede Möglichkeit der Profilierung. Und sie nutzte diese Möglichkeiten vortrefflich.

Während die Wählerschaft der Grünen zwar nicht spektakulär, aber doch stetig anwuchs, setzte die FPÖ zu großen Sprüngen an. Haider agierte geradezu als ein „Robin Hood“ der österreichischen Innenpolitik. Zunächst nahm er der ÖVP jene Wähler weg, die schon immer gegen einen Kuschelkurs mit den Sozialdemokraten waren und kräftige Worte schätzten. Als dieses Wählerpotenzial ausgeschöpft war, nahm er sich die unzufriedenen sozialistischen Arbeiter vor, die geradezu in Scharen überliefen.

Am Ende der neunziger Jahre tat man sich bereits schwer, bei der SPÖVP-Regierung von einer „großen Koalition“ zu reden. Sie war nämlich kein Gebilde der bei-

den großen Parteien mehr. Tatsächlich gab es zu diesem Zeitpunkt nur noch drei Mittel-Parteien. Die FPÖ, die früher bundesweit zwischen fünf und sieben Prozent schwankte, war unter Haider an die Dreißig-Prozent-Marke gelangt.

Haider und seine FPÖ waren zu einem politischen Faktor geworden, der weit über die österreichischen Grenzen hinausstrahlte. Auch andere Rechts-Parteien in Europa nahmen sich die FPÖ zum Vorbild. Haider spekulierte sogar auf eine europaweite Bewegung.

Der Schock von 1999 und Regierungsbildung 2000

Bei der Nationalratswahl 1999 passierte dann etwas, woran selbst erfahrene Politikwissenschaftler und Meinungsforscher nie im Leben geglaubt hätten: Die ÖVP rutschte auf Platz drei ab, die SPÖ verlor massiv Stimmen vor allem in den Arbeiterhochburgen, und die FPÖ wurde zweitstärkste Partei. Ratlosigkeit herrschte in den politischen Leitzentralen.

Zunächst war die ÖVP so geschockt, dass sie nur noch an den Weg in die Opposition dachte. Die SPÖ wollte als relativ stärkste Partei weiter den Bundeskanzler stellen. Sie mied die FPÖ wie der Teufel das Weihwasser und machte der ÖVP den Hof. Der SPÖ-Vorsitzende und noch Bundeskanzler Viktor Klima erkannte freilich nicht die wahren Zeichen an der Wand, seine Angebote beinhalteten keine wirklich substanziellen Reformen, sondern hätten nur zu einer Verlängerung des „Weiterwurstelns“ geführt.

In dieser Situation sahen jene in der ÖVP, die noch immer Helmut Kohls Worte im Ohr hatten und an eine schwarz-blaue Koalition glaubten, ihre Stunde gekommen. Die Drähte zwischen den schwarzen Brückenbauern und den blauen Weggeführten rund um Haider liefen heiß. Ein Geheimtreffen jagte das andere.

Haider spielte zwar wie üblich und gekonnt am medialen Klavier, ließ sich alle

Optionen offen, hatte aber alsbald erkannt, dass das Modell einer bürgerlichen Koalitionsregierung nur dann eine wirkliche Chance auf Realisierung hätte, wenn es sich selbst zurücknahme. Letztlich war der Druck in der Öffentlichkeit so stark, dass nicht einmal ein Ministeramt für Haider möglich war.

Wann genau Schüssel offensiv die FPÖ-Option aufgriff und ob er nicht schon selbst früher an ein solches Bündnis gedacht hatte, das ist bis heute sein wohl behütetes Geheimnis.

Nicht das Faktum, dass sich im Februar 2000 eine Regierung bildete, bei der die drittstärkste Kraft mithilfe der zweitstärksten den Bundeskanzler stellte, sondern dass die SPÖ nach dreißig Jahren Regierungsverantwortung auf die Oppositionsbank geschickt wurde und sich die ÖVP „erdreistet“ hatte, eine Koalition mit der FPÖ zu bilden, sollte zum Anlass einer politischen „Entmündigung“ genommen werden: Man wollte allen Ernstes die aus einer demokratischen Wahl resultierende Regierungsbildung verhindern, was sogar zur kurzzeitigen Ächtung österreichischer Regierungsmitglieder durch viele Staatschefs und Regierungsmitglieder im Bereich der EU und zu Sanktionen der EU gegenüber Österreich führte.

Wolfgang Schüssel gewann seit dem Jahr 2000 ungemein an Statur. Zunächst, indem er mit seinem Koalitionspartner längst fällige Reformvorhaben mutig und zügig anging, die seit Jahren der Erledigung harrten. Gleichzeitig ließ er sich weder durch die Proteste im Land noch durch Aversionen im Ausland einschüchtern und ging konsequent seinen Weg. Vor allem aber drückte er der Regierung und damit dem Land seinen Stempel auf. Der österreichischen Regierung wurde auch in der EU zunehmend Respekt gezollt.

Österreich hat in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts ohne Zweifel an Pro-

fil gewonnen. Große, längst fällige Vorhaben wurden in Angriff genommen. Dazu zählen unter anderem die Reform der Pensionsvorsorge, der Umbau der Österreichischen Bundesbahnen und die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Österreich gilt heute in Bezug auf Reformfreudigkeit und die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen als das „bessere Deutschland“. Der Staatshaushalt ist konsolidiert, die Arbeitsplatzsituation besser als in den meisten EU-Staaten, durch die Senkung der Körperschaftssteuer ist das Land zu einem der interessantesten Wirtschaftsstandorte geworden, wozu die Leistungskraft der österreichischen Arbeitnehmer das ihre beiträgt. Dass Österreich heute zu den reichsten Ländern zählt und in Südosteuropa der führende Investor ist, rundet das Bild von einem stolzen und erfolgreichen Land ab.

Die SPÖ musste rasch erkennen, dass sie gegenüber ihrem politischen Konterpart, der Schüssel-ÖVP, auf verlorenem Posten stand. Schon zuvor war sie in eine Personalkrise gestürzt. Ex-Kanzler Viktor Klima verließ den Kommandostand ziemlich abrupt und ging zu VW nach Argentinien. Der Ex-Juso Alfred Gusenbauer wurde an die Parteispitze geholt und hält sich dort bis heute vor allem nur, weil es keine wirkliche Alternative zu ihm gibt und der mächtige Wiener Bürgermeister ihn stützt.

Auch Haider, dem vor allem eine Massenillustrierte viele Titelseiten und noch mehr Interviews bot, musste aber bald erkennen, dass seinem Wirken Grenzen gesetzt waren. Von der Oppositionsbank gegen die Regierungspolitik zu wettern ist eben um vieles leichter, als mit notwendigen Einschnitten in das überdimensionierte Sozialnetz bei der Bevölkerung Applaus zu ernten. Als der Geburtshelfer der Regierung schließlich sein eigenes Kind immer öfter zu kritisieren begann, fühlten sich weniger die schwarzen als vielmehr die eigenen blauen Regierungs-

mitglieder auf den Schlipf getreten. Haider und Teile der FPÖ begannen sich auseinander zu leben.

Schüssel und Co. bewiesen eine Panzerhaut, an der so mancher blaue Giftpfeil abprallte. Susanne Riess-Passer und Karl-Heinz Grassler, die wohl populärsten FPÖ-Minister, mussten als Folge der so genannten „Knittelfelder Revolte“ – ein Aufstand scharfmacherischer Funktionäre gegen die so genannten „Weich-Eier“ in der Regierung – gehen. Das Resultat waren vorgezogene Neuwahlen im Jahre 2002, bei denen die ÖVP das drei Jahre zurückliegende desaströse Wahlergebnis auf den Kopf stellte und Schüssel selbst als strahlender Sieger hervorging.

Die Regierungsverhandlungen zogen sich überraschend lange hin. Schließlich gingen aber doch ÖVP und FPÖ eine neuerliche Partnerschaft ein.

Schwarz-grüner Dialog

Die SPÖ hatte im Vorfeld der Regierungsbildung erst gar keine tragende Rolle gespielt. Dagegen gab es sehr ernsthafte Gespräche zwischen der ÖVP und den Grünen, die noch im Wahlkampf zuvor als Steigbügelhalter für die SPÖ angeprangert worden waren. Schlussendlich scheiterten nach außen hin die Koalitionsgespräche an Differenzen unter anderem im sozialen Bereich und da vor allem mit den so genannten „Wiener Fundamentalisten“, die erst jüngst in Wien über das bisherige Partei-Establishment die Oberhand gewannen und nun einen strammen Links-Kurs steuern. Letztlich wurde aber im Vorfeld der Regierungsbildung 2003 ein Grundstock für einen schwarz-grünen Dialog gelegt, der bis heute zumindest eine tragfähige Basis für Spekulationen bildet.

Man hat nicht vergessen, dass es die ÖVP war, die erstmals den Grünen im Rahmen von Verhandlungen zur Bildung einer Regierung ernsthaft die Hand zum Mitregieren reichte.

Vor einem Jahr wurde in Oberösterreich nach den damals für die Volkspartei nicht gerade glänzend verlaufenen Landtagswahlen erstmals in einem Bundesland eine schwarz-grüne Kooperation begründet. Und sie funktioniert.

Seit Monaten bestimmt das Thema einer möglichen schwarz-grünen Partnerschaft nach den nächsten Nationalratswahlen die politischen Diskussionen. Wenn es etwa in der schwarz-blauen Koalition kriselt, bemerken die Grünen gleich: kein fliegender Koalitionswechsel. Dabei hat man sie gar nicht gefragt. Dann wiederum präzisieren die Grünen ihre Bedingungen für eine Koalition mit der ÖVP. Für Bedingungen einer Koalition mit der SPÖ besteht offenbar kaum Interesse. Dass es Meinungsverschiedenheiten zwischen der Volkspartei und den Grünen gibt, liegt allein in der Natur der beiden Parteien und ihrer Grundsatzeinstellungen begründet, immer wieder und überraschend oft werden aber auch rot-grüne Reibungsflächen sichtbar und hörbar.

Im Zuge der Tsunami-Katastrophe spendete der Grünen-Vorsitzende Alexander Van der Bellen dem Bundeskanzler dick aufgetragenes öffentliches Lob, dass es noch nie eine so gute Information seiner Partei durch eine Regierung gegeben hätte wie in diesen dramatischen Tagen. Also mehr Rosen kann man wohl schon nicht mehr streuen.

Faktum ist nun, dass – maximal zirka eineinhalb Jahre vor dem nächsten Termin für Parlamentswahlen – wieder einmal auf Österreich auch politisch geschaut wird. Nicht, weil man derzeit alle möglichen Jubiläen feiert (sechzig Jahre Kriegsende, fünfzig Jahre Staatsvertrag, zehn Jahre EU-Mitgliedschaft) und im ersten Halbjahr 2006 den EU-Ratsvorsitz innehat, sondern weil man darauf wartet, ob es gelingt, erstmals in einem EU-Land eine schwarz-grüne Regierung auf die Beine zu stellen.

Schüssel wird das zugetraut. Er hat Haider gebändigt und schließlich wieder „normale Zustände“ in der politischen Landschaft Österreichs hergestellt und sich dafür Respekt bei vielen Politikern quer durch Europa verschafft, was dieser allerdings verständlicherweise gar nicht gerne hört und sogar als Beispiel für das Ausnützen, ja Hintergehen einer Freundschaft anprangert.

Ob Schwarz-Grün eine Chance hat, hängt zunächst vom Wähler ab. Denn diese Option besteht bei allen Liebesbezeugungen nur, wenn die ÖVP die relativ stärkste Partei bleibt. Das ist fast eine *Conditio sine qua non*. Sollte die SPÖ die Nase vorn haben, dann wird mit hoher Wahrscheinlichkeit dem Modell Deutschland nachgeeifert und eine Liaison der Grünen mit den Sozialdemokraten eingegangen. Und die Mehrheit der Grünen wird dazu auch „Ja“ sagen. Die ÖVP sollte weiterhin den Bundeskanzler stellen und ein Angebot zum Mitmachen unterbreiten. Denn eines wollen die heutigen Grünen auf alle Fälle, nämlich regieren. Dass die Grünen überhaupt mit den Schwarzen liebäugeln, liegt darin begründet, dass nicht wenige glauben, sich bei der ÖVP besser als bei der SPÖ profilieren zu können, dass auch die „Chemie“ auf der persönlichen Kontaktebene zur ÖVP stimmig ist und dass es trotz ideologischer Unterschiedlichkeiten einige programmatische Ansatzpunkte für gemeinsame Zielsetzungen gibt (Stichwort „öko-soziale Marktwirtschaft“).

Zukunft für Schwarz-Rot oder Schwarz-Blau?

Bleiben nur noch zwei Fragen, nämlich könnte eine Auferstehung von Schwarz-Rot wieder ins Haus stehen, und hat Schwarz-Blau keine Chance mehr?

Zur ersten Frage: Vor allem in den Kreisen von Wirtschaft und Industrie, aber auch einiger Landesgruppen der ÖVP gibt es unverändert einen Hang zu

einer Koalition mit der SPÖ. Die Gründe liegen in Traditionen, aber auch im wenig erfreulichen öffentlichen Schauspiel, das derzeit der kleine Koalitionspartner bietet. In der Bundesspitze und an der so genannten Basis der ÖVP ist eine solche Nostalgie nicht zu spüren, wie auch *vice versa* die SPÖ lieber eine Liaison mit den Grünen als mit der ÖVP eingehen würde.

Zur zweiten Frage: Sie lautet nicht mehr, ob es eine dritte Auflage einer schwarz-blauen Koalition geben kann, sondern ob der ÖVP nicht bis zur nächsten Nationalratswahl der von Blau zu Orange mutierte Koalitionspartner abhanden kommt.

Seit 2002 geht es mit der FPÖ bei Wahlen bergab. Innerparteiliche Richtungsstreitigkeiten sind die Folge. Kurz nach dem 1. April 2005 zieht Haider die Notbremse: An die Stelle der FPÖ tritt das BZÖ, das „Bündnis Zukunft Österreich“, statt Blau ist nun Orange die Parteifarbe. Kein *elder statesman* aus dem Kreis der altgedienten Freiheitlichen erhebt das Wort, um dem verspäteten Aprilscherz Einhalt zu gebieten und alle „Streithanseln“ an einen runden Tisch zu zwingen. Offenbar, weil sich so mancher sogar noch still ins Fäustchen lacht, dass sogar Kometen sehr rasch verglühen können – und Haider hat bei seinem kometenhaften Aufstieg innerparteilich viele Wegbegleiter vergrämt, verletzt, ja sogar verstoßen.

Haider tritt – nachdem zuletzt seine Schwester Ursula Haubner die FPÖ geführt hatte – noch einmal aus dem Schatten der Kärntner Politik und stellt sich an die Spitze der bundesweiten Bewegung. Noch einmal will er zeigen, dass er unverzichtbar ist, wenngleich schon viele seit langem hinter vorgehaltener Hand meinen, seine Zeit sei abgelaufen, bloß er selbst wolle dies noch nicht wahrhaben.

Alle Regierungsmitglieder, aber nicht alle Parlamentarier, ziehen mit. Durch den Parlamentsklub wie auch die neun Bundesländer geht ein Riss. Auf der einen

Seite das neue orange BZÖ, auf der anderen Seite eine blaue FPÖ mit alten Kämpfern, rechten Recken und jungen Scharfmachern (wozu unter anderen der neu gewählte Parteiohmann der Alt-FPÖ, Heinz-Christian Strache, zählt). Dazwischen gibt es einige Bundesländer, die sich weiterhin dem freiheitlichen Lager verpflichtet fühlen, ihren Parteinamen nicht aufgeben wollen, aber sich weder zum neuen BZÖ noch zur alten FPÖ hingezogen fühlen.

Erste Umfragen attestieren derzeit der Alt-FPÖ den Flug aus dem Parlament (zum Einzug in den Nationalrat bedarf es mindestens vier Prozent der abgegebenen Stimmen), dem BZÖ nur maximal sechs Prozent. Opposition und Medien stürzen sich auf den Spaltungsprozess, nur Bundeskanzler Schüssel bleibt (scheinbar) kühl – und arbeitet weiter – mit allen bisherigen Regierungsmitgliedern.

Opposition und Medien wollen ihm einreden, dem Polit-Schauspiel ein Ende zu bereiten und vorzeitige Neuwahlen anzustreben. Schüssel freilich hält es mit Bundespräsident Heinz Fischer, der in der Neugründung der freiheitlichen Partei keine Staatskrise sieht.

Schüssel ist sicher nicht der geliebteste aller ÖVP-Obmänner, er ist auch kein in der Menge badender Volkskanzler, aber der beste Stratege, den sich das Land am Übergang vom zwanzigsten ins einundzwanzigste Jahrhundert wünschen konnte. Solange Schüssel es in der Hand hat, wird er sich das Gesetz des politischen Handelns nicht von anderen aufzwingen lassen, sondern jenen Wahltermin nehmen, der ihm optimal erscheint. Denn nur, wenn die ÖVP die Poleposition behält, kann sie bestimmen, wie es weitergeht. Dabei dürfte Schwarz-Grün den Vorzug genießen, Schwarz-Orange davon abhängen, was aus dem BZÖ wird, und Schwarz-Rot trotz mancher Träumereien das Schlusslicht bilden.